



Sichtachse

Potsdamer

Im Rückblick:

Die SVV vom 29. Januar 2014

Die Große Anfrage der Linken zur Eröffnung des Stadtschlusses – und die hieraus resultierende Aussprache – bildeten den Anfang der ersten Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2014. Inhalt der Anfrage war einzig und allein, allen Potsdamerinnen und Potsdamern zu suggerieren, dass die Linke die treibende Kraft war, die den Aufbau des Stadtschlusses überhaupt erst ermöglichte. Die anderen Parteien wiesen das in ihren Redebeiträgen entschieden zurück. Die Geschichte zeigt, vom Abriss des Schlosses bis zu dessen Eröffnung, die durchgängige Abwehrhaltung der SED und ihrer Nachfolgeparteien (s. a. Redebeitrag CDU/ANW).

Von der Vergangenheit in die Gegenwart: Eine Anzahl von Anträgen gab es zum aktuellen Thema „Hallenschließung im Luftschiffhafen und wie geht es weiter?“ In einem Dringlichkeitsantrag der Verwaltung wurde der Finanzierungsbedarf in Höhe von 4,9 Millionen Euro zur schnellstmöglichen Instandsetzung der Dächer der Schwimm- und der Leichtathletikhalle im Luftschiffhafen dargestellt. Der Antrag wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Durch den außerplanmäßigen Einsatz dieser Mittel, gebildet aus der Rücklage des Haushaltes 2012, sollen die Schwimmhalle im Mai und die Leichtathletikhalle im Herbst wieder für die Sportler nutzbar sein. Unser Antrag, einen zeitweiligen Ausschuss zur Aufklärung der Ursachen der Hallenschließungen aus Verwaltung und Politik zu bilden, wurde von der SPD und den Linken abgelehnt. Für die CDU/ANW-Fraktion nicht nachvollziehbar, denn die anscheinend nicht fachgerechte Sanierung der Hallendächer vor zehn Jahren muss rückhaltlos aufgeklärt werden. Diese Sanierung wurde seinerzeit vom damaligen Hochbauamt der Stadt Potsdam für ca. neun Millionen Euro federführend umgesetzt.

Der Antrag der Linken, der Weißen Flotte einen Erbbaurechtsvertrag über 20 Jahre zuzuschreiben, wurde in die Ausschüsse überwiesen.

Das Stadtentwicklungskonzept (STEK) Verkehr wurde – gegen die Stimmen unserer Fraktion und einige Enthaltungen – von der Mehrheit der Stadtverordneten angenommen. Aus dem Verkehrsentwicklungskonzept wurde die aus unserer Sicht optional unverzichtbare Havelspanne und daraus schlussfolgernd die ISES gestrichen. Hauptziel des STEK Verkehr ist die Reduzierung des Kfz-Anteils in dieser Stadt. Dem Radverkehr würde dann entsprechend den Vorstellungen des Beigeordneten Matthias Klipp die Zukunft gehören. Der aus unserer Sicht wichtigste Bestandteil des Konzeptes, der ÖPNV, wurde in seiner Bewertung gegenüber dem Radverkehr benachteiligt. Wir sind der Auffassung, dass die Fortschreibung des vorhandenen STEK Verkehr unserer wachsenden Stadt und dem sich daraus ergebenden Anstieg des Individualverkehrs nicht gerecht wird.

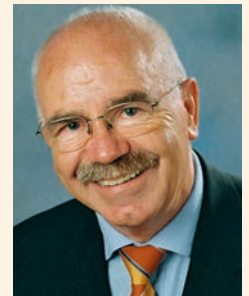
Die Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wurde auf sechs Tage festgelegt und beschlossen. Damit folgten wir einem Antrag der Verwaltung, die durch Vorgaben des Landes dazu aufgefordert worden war.

Für Golm gab es einen erneuten Antrag zur Umverlegung der 110-KV-Freileitung. Darin wurde der Oberbürgermeister zum wiederholten Male aufgefordert, mit dem Betreiber EON EDIS über mögliche Varianten einer Umverlegung zu sprechen.

Der Pachtvertrag, der den freien Zugang zum Zernsee verhindert, wird zum 31.12.14 gekündigt. Wie geht es dann weiter ist unklar. Die nächste SVV findet am 5. März statt. Sie haben die Möglichkeit, alle Anträge und wie es mit ihnen weiter geht, im Internet unter www.potsdam.de zu verfolgen. Seit 29. Januar werden die SVV-Sitzungen live im Internet übertragen; damit können Sie sich direkt ein Bild von der Arbeit Ihrer Stadtverordneten machen. *Horst Heinzel*

Kolumne

Das Jahr 2013 endete mit einem Paukenschlag!



Die Dächer der Schwimm- und der Leichtathletikhalle waren trotz einer vor zehn Jahren erfolgten Grundsanierung nicht mehr den statischen Anforderungen gewachsen. Zuerst hieß es, dass sie bei mehr als 15 cm Schnee einstürzen könnten. Die Sportler dachten schon an freiwilliges Schneeschieben auf den Dächern. Doch dann – nur wenig später – wurde auch ohne Schnee aber wegen akuter Einsturzgefahr die Schließung der Hallen durch die Potsdamer Bauverwaltung verfügt.

Nun war guter Rat teuer; Entscheidungen mussten getroffen werden: Wie kann der Sportbetrieb aufrecht erhalten werden? Wie können Spitzensportler – aber auch der Vereinssport unter einen Hut gebracht werden? Fragen über Fragen, die schnelle Antworten erforderten.

Nun sind am Ende des Jahres traditionell Feiertage in Deutschland. Viele Entscheidungsträger haben ihren Urlaub geplant, wiederum andere haben schon vor langer

Impressum

Herausgeber:

CDU/ANW-Fraktion in der SVV Potsdam
Stadthaus, Raum 3.093
Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14461 Potsdam
cdu-anw-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Gesamtherstellung:

GS Druck und Medien GmbH, Potsdam

V. i. S. d. P.

Ulrike Heuer-Serger, Geschäftsführerin
Die Verfasser sind für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge verantwortlich



Mehr Infos zu aktuellen Themen sowie alle Antragstexte finden Sie unter

www.cdu-fraktion-potsdam.de

Presseinformation

CDU/ANW-Fraktion lobt SPD für ihre „Attikafiguren“-Bemühungen

Mit ihrem Antrag vom September 2013 in der Potsdamer SVV, wurde der Oberbürgermeister beauftragt, Gespräche mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) und der Landesregierung Berlin aufzunehmen. Ziel dieses Antrags war es, die Attikafiguren, die sich gegenwärtig auf der Humboldt Universität befinden, an ihren ursprünglichen Platz auf dem Stadtschloss zurückzuführen. Damit hauchte die Potsdamer CDU/ANW-Fraktion diesem Thema wieder „Leben“ ein.

Jetzt zeigen sich erste deutliche Erfolge dieser Aktivitäten der Potsdamer und Berliner CDU: Die SPD griff den Antrag der CDU/ANW-Fraktion gerne auf. In einem „Gipfgespräch“ haben sich Landtagspräsident Gunter Fritsch, Oberbürgermeister Jann Jacobs und Generaldirektor Hartmut Dogerloh, Generaldirektor der Schlösserstiftung über die Zukunft der Figuren ausgetauscht. „Es wäre wunderbar, wenn sich die drei Herren, die nun wirklich nicht unbedingt zu den Verfechtern einer Rückkehr der Attikafiguren zählen,

sich auf deren „Heimkehr“ verständigen könnten. Sicher werden wir dann die Überschrift lesen können: „SPD konnte mit hohem persönlichem Einsatz und trotz vieler Widerstände die Rückkehr der Figuren ermöglichen!“ Getreu der alten Weisheit: Der Erfolg hat viele Väter. Hauptsache ist aber, die Attikafiguren sind wieder auf ihrem angestammten Platz“, sagte Horst Heinzel, Vorsitzender der CDU/ANW-Fraktion im Potsdamer Stadtparlament.

Bereits am 13. Januar 2014 hatten in einem Pressegespräch, an dem Dr. Uwe Lehmann-Brauns, MdA, Leiter des AK Kultur der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, die Landtagsabgeordneten Steeven Bretz und Saskia Ludwig, der Vorsitzende des Stadtschlossvereins Dr. Michael Schöne und der Fraktionsvorsitzende der CDU/ANW-Fraktion im Potsdamer Stadtparlament, Horst Heinzel teilnahmen, noch einmal nachdrücklich auf die Umsetzung des Antrages gedrungen. Man war sich einig, dass die Figuren unverzüglich ihren angestammten Platz wieder einnehmen sollten.

CDU/ANW Fraktion lehnt Erhöhung der Grundsteuer ab



Die Verwaltung hat den Entwurf für den neuen Schulentwicklungsplan vorgelegt. Laut einer Verwaltungsvorlage, die am 29.01.2014 in die SVV eingebracht wurde, müssen bis

2020 160 Mio. EUR in Schulneubau und -erweiterung sowie in die Sanierung und Erneuerung von Schulsportanlagen investiert werden. Nach Darstellung der Verwaltung muss dieses Gesamtpaket, einschließlich der Finanzierung bis 2020, noch in dieser Legislaturperiode, d.h. spätestens in der SVV am 07.05.2014, beschlossen werden. Hier wird durch die Verwaltung ein Zeitdruck aufgebaut, der nicht zu akzeptieren ist. Richtig ist, dass Beschlüsse gefasst werden müssen, die sichern, dass in den nächsten zwei bis drei Jahren die notwendigen Investitionen getätigt werden können. Bei diesem gewaltigen Finanzbedarf erfordert es aber für das Gesamtpaket sicherlich etwas mehr Zeit, um insbesondere klären zu können, wo Ausgaben eingespart werden können bzw. wie gegebenenfalls auch Schulen anders finanziert werden können. Auch ist unter Beteiligung des Landesgesetzgebers zu klären, wie sich benachbarte Landkreise für ihre Schüler, die in Potsdam beschult werden, an den notwendigen Investitionskosten beteiligen oder ob, wie in anderen Bundesländern üblich, das Land diese Investitionen mit

Fördermitteln unterstützt. Zur Refinanzierung der Schulinvestitionen beabsichtigt die Verwaltung u.a. den Grundsteuerhebesatz von derzeit 493 in zwei Stufen auf 540 und dann auf 580 zu erhöhen. Die Grundsteuererhöhung würde nicht nur die Grundstückseigentümer treffen. Da die Grundsteuer auch Bestandteil der Wohnnebenkosten ist, würde diese Erhöhung jeden treffen, der in Potsdam wohnt.

Etwas makaber ist es schon, wenn der Bürgermeister zehn Jahre nach der Eingemeindung erklärt, dass sich die Grundsteuer in den letzten 15 Jahren nicht erhöht hat und hier ein Inflationsausgleich erforderlich sei. Mit dieser vorgesehenen Erhöhung gibt es für die neu eingemeindeten Ortsteile dann fast eine Verdopplung der Grundsteuer und dies, obwohl ein Sparwille in Potsdam nicht ernsthaft zu erkennen ist. Erinnerung sei hier beispielsweise nur an die freiwillige Zahlung an die Schlösserstiftung. Obwohl die Stiftung bezüglich einer Vertragsauflösung Gesprächsbereitschaft signalisiert hat, hat sich eine Mehrheit der Stadtverordneten dagegen ausgesprochen. Es soll so zu Lasten des städtischen Haushaltes (1 Mio. EUR jährlich!) ein Parkeintritt verhindert werden. Auch an anderen Stellen reden wir großzügig über Millionenbeträge: So beispielsweise für einen Uferweg Griebnitzsee, geschätzt 30 Mio. EUR oder für einen Ankauf und Abriss des Mercure. Sicher auch nicht viel weniger. Für die CDU/ANW-Fraktion ist klar, dass sie aus diesen Gründen eine Erhöhung der Grundsteuer ablehnt. *Klaus Rietz*

Zeit die Feiertage verplant. Folglich ging das Nachdenken über all die, wie aus heiterem Himmel aufgetauchten, Dachprobleme so richtig erst im neuen Jahr los. Dann aber mit geballter Anstrengung. Die Ergebnisse der Hallenprüfungen waren noch nicht abgeschlossen, schon gab es von allen Seiten Vorschläge, Ratschläge, Hinweise und manchmal sogar praxistaugliche Anregungen wie das „Dachunglück“ schnell behoben werden könnte. Es ist erstaunlich, wie viele Fachleute, das heißt, wie viele Dachexperten und Statiker sich zu Wort meldeten.

Wir wissen heute, dass uns der anscheinende Sanierungspfuscher vor zehn Jahren ca. fünf Millionen Euro kostet. Was liegt da näher, als einen Antrag in die SVV einzubringen, um einen zeitweiligen Ausschuss, bestehend aus Vertretern des Rechtsamts, dem unabhängigen Rechnungsprüfungsamt und Mitgliedern der SVV zur Aufklärung einzusetzen?

Gesagt, getan: Die CDU/ANW-Fraktion brachte einen entsprechenden Antrag ein. Aber: ausgerechnet die SPD und die Linke stimmten gegen den Antrag. Die Stadtverordneten, aus deren Reihen gerne das Wort „Transparenz“ bemüht und dieselbe nur dann eingefordert wird, wenn es in den eigenen Streifen passt. Ein „Nein“ zu diesem Ausschuss muss einen nachdenklich stimmen! Wir sind überzeugt davon, dass dieser anscheinende Baupfuscher nicht durch Verwaltungshandeln allein beendet werden kann.

Horst Heinzel

Neuer Antrag für die SVV am 5.3.2014 Bau einer Grundschule in Modulbauweise im Borntedter Feld

Auf dem Gelände nördlich der Esplanade, Ecke Georg-Hermann-Allee wird 2016 eine weiterführende Schule durch den KIS gebaut. Auf dieser Fläche besteht die Möglichkeit eine Modulare Grundschule zu errichten. Der Vorteil dieser Variante besteht darin, dass die Infrastruktur durch den Schulneubau des KIS vorhanden ist. Der zweite Vorteil besteht in modularen Aufbau, das heißt, die Schule kann bei Bedarf wieder zurückgebaut werden. Der dritte Vorteil liegt darin, dass dieser temporäre Bau kostengünstig und zeitnah errichtet werden kann. Der Oberbürgermeister wird mit diesem Antrag der CDU/ANW-Fraktion beauftragt zu prüfen, inwieweit auf der Fläche nördlich der Esplanade Ecke Georg-Hermann-Allee eine Grundschule entsprechend des tatsächlichen Bedarfs zeitnah errichtet werden kann. Die Aufstellung von Schulmodulen in der Karl-Förster-Schule und auf dem Gelände der Grundschule an der Pappelallee würde damit entfallen.

CDU/ANW vor Ort



Die Sportschule Potsdam „Friedrich-Ludwig-Jahn“, ist eine Eliteschule des Sports. Sie zeichnet sich durch einen hohen Leistungsstandard im schulischen und sportlichen Bereich aus. Ihre Außenwirkung und ihre Erfolge machen sie zu einem weit über die Grenzen Potsdams hinaus wahrgenommenen Aushängeschild der Stadt.

Sie ist Heimstatt für leistungsorientierte Jugendliche aus der ganzen Bundesrepublik. So fiel auch das Urteil der Visitatoren zum 55jährigen Bestehen der Schule sehr positiv aus. „Insgesamt hat das Visitationsteam eine Schule kennengelernt, die sich durch professionelles Schulleitungshandeln, ein kreatives und sportliches Schülerpotential und ein hohes Engagement der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Lehrertrainerinnen und Lehrer auszeichnet.“

Wesentliche Unterstützung findet die Sportschule auch durch die zielstrebige Arbeit ihres Fördervereins und die vorbildliche Art, in der sich die Eltern einbringen. Dennoch: Es können nicht alle Probleme von der Schule allein gelöst werden. Für den weiteren Erfolg ist deshalb Hilfe von außen nötig, damit die Schülerinnen und Schüler ihr Leistungsziel erreichen können und die Sportschule ein Anziehungspunkt für Bewerberinnen und Bewerber aus allen Bundesländern bleibt. Dass dieser riesige Aufgabenberg bewältigt wird, dafür sorgen alle Beteiligten Tag für Tag.

Sportschule Potsdam „Friedrich-Ludwig-Jahn“

Doch nun fallen praktisch über Nacht die Trainingsmöglichkeiten für mindestens sechs der elf Sportarten weg. Was ist passiert? Die Schwimm- und Leichtathletikhalle wurden wegen Dacheinsturzgefahr gesperrt. Diese Sperrung war langfristig nicht vorhersehbar, nein, sie wurde, für alle Beteiligten vor Ort völlig überraschend, von einem Tag auf den anderen von der Potsdamer Bauaufsicht vollzogen.

Was hat das für Folgen für den Trainings- und den schulischen Ablauf der Schülerinnen und Schüler? In einem Gespräch erläuterte der Schulleiter Rüdiger Ziemer dem Vorsitzenden der CDU/ANW-Fraktion, Horst Heinzl, und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Mitglied des Koalitionspartners ANW, Klaus Rietz, die Probleme, die durch die Schließung der Trainingsstätten hervorgerufen werden. Es bedeutet vor allem einen großen organisatorischen Aufwand: Die Trainings- und Unterrichtsausfälle müssen kompensiert und der gesamte Stundenplan überarbeitet werden.

Jede Reduzierung des Trainingsumfanges gefährdet die Perspektiven der Sportschüler. Die Ausführungen Rüdiger Ziemers machten deutlich, welche Anstrengungen unternommen werden müssen, um Trainings- und Unterrichtsausfälle zu minimieren. Diese täglich neu zu organisierenden Abläufe können auf Dauer nicht verhindern, dass das erfolgreiche System der Sportschule im höchsten Grad gefährdet wird. „Wir stehen kurz vor den Einschulungen“, sagte Ziemer. „Was sollen wir den Eltern sagen?“ Der Status quo bedeute, so die Elternkonferenz der Sportschule, eine Perspektivlosigkeit für jeden einzelnen betroffenen Sportschüler. Der Bogen spanne sich von Entscheidungen

gegen eine Einschulung in Potsdam über regelmäßige 12 bis 14 Stunden-„Arbeitstage“ von 13jährigen bis hin zur Unmöglichkeit der Koordinierung von Trainingsbelastung und Schullaufbahn. Unter diesen Voraussetzungen ist die Motivation der Eltern, ihre Kinder in der Potsdamer Sportschule einzuschulen, sehr gering bis gar nicht vorhanden. Diese Aussicht veranlasst den einen oder anderen hochtalentierten Sportler über einen Standortwechsel nachzudenken, so die Ausführungen des Schulleiters Rüdiger Ziemann.

Seit diesem Gespräch sind vier Wochen ins Land gegangen. Nach anfänglich zögerlichem Handeln seitens der Verwaltung und Luftschiffhafen GmbH wurden dann – auch durch Druck der Stadtverordneten, der Elternkonferenz der Sportschule und der auf dem Luftschiffhafenareal befindlichen Vereine – die notwendigen Prüfarbeiten an den Hallen vorgenommen und erste Ergebnisse verkündet.

In der SVV am 29. Januar 2014 wurden die für die weiteren Sanierungsarbeiten der Hallen notwendigen Mittel bereit gestellt. Mit der geplant Öffnung der Hallen im Mai bzw. September können der Schulablauf und damit auch die Trainingsaktivitäten wieder in normale Bahnen gelenkt werden. Bleibt zu hoffen, dass die Termine gehalten werden.

Von Seiten der Fraktion bedanken wir uns bei unserem Gesprächspartner Rüdiger Ziemer und seinem Lehr- und Trainingspersonal für die geleistete Arbeit, und wünschen ihm, dass die Sportschule wieder von sich reden macht – natürlich mit weiteren Erfolgen und Leistungen.

Horst Heinzl



Stadtentwicklungskonzept Verkehr beschlossen

Die Stadtverordneten haben dem von der Verwaltung eingebrachten STEK-Verkehr zugestimmt. Damit ist ein bis 2025 richtungsweisendes

Konzept beschlossen worden. Aber weist es in die richtige Richtung? Die CDU/ANW-Fraktion hat diesem Konzept nicht zugestimmt, weil wir davon überzeugt sind, dass es so nicht umsetzbar ist und im Verkehrschaos enden wird. Die ISES (innerstädtische Erschließungsstraße) und der 3. Havelübergang sind in diesem Konzept nicht mehr enthalten. Änderungsanträge, um diese als Option zu erhalten, wurden von der Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt.

Die gesetzlich vorgegebenen Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide sollen nach diesem Konzept durch eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs erreicht werden,

d.h., der Anteil am Gesamtverkehr soll sich von derzeit 32% auf 24% verringern. Diese 8%-Punkte bedeuten eine Reduzierung um ein Drittel und das bei einer weiteren Zunahme der Bevölkerung. Wir sind der Meinung, dass das STEK nicht von den Realitäten, sondern von Wunschen ausgeht. Wir sind davon überzeugt, dass die Bürger ihr Auto innerstädtisch nicht aus Bequemlichkeit nutzen, sondern gute Gründe dafür haben. Wer aus den Ortsteilen in die Stadt will, hat keinen ÖPNV, der alle 10 oder 20 Minuten fährt. Mit Park und Ride ist es auch nicht sonderlich gut bestellt. Wer vor der Arbeit noch seine Kinder in den Kindergarten und/oder die Schule bringen muss, hat mit dem ÖPNV schlechte Karten.

Gegen die Havelspanne wird immer wieder angeführt, dass dies eine Mehrheit, insbesondere aus den Nachbarorten, ablehnt. Richtig ist, dass sich Bürgerinitiativen lautstark gegen einen 3. Havelübergang zu Wort gemeldet

haben. Aber daraus zu folgern, dass dies eine Mehrheit aller Bürger ist, entspricht wohl nicht den Tatsachen. Beispielsweise bei „Stuttgart 21“ waren „gefühlte“ fast alle dagegen. Eine Mehrheit war es trotzdem nicht. Der jetzige Ansatz im Verkehrskonzept sieht vor, dass bei einer Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs um das vorgesehene Drittel im Jahr 2025 in Potsdam aufgrund der wachsenden Stadt genau so viel Verkehr auf unseren Straßen ist wie heute. Was es bedeutet, wenn diese angestrebte Reduzierung nicht erreicht wird, kann sich jeder selbst ausmalen. Alternative Verkehrslösungen sollen aufgrund der „Weitsicht“ einer Mehrheit der Stadtverordneten nun nicht weiter untersucht werden. Heißt die einzige Alternative zur Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte dann Fahrverbot? Da wird sich wohl manch einer nach den Zeiten zurücksehnen als er „nur“ vor einer Pfortnerampel warten musste.

Klaus Rietz

Redebeitrag von Horst Heinzel zur Großen Anfrage der Linken

Die PDS, später Die Linken, waren grundsätzlich immer gegen den Wiederaufbau des Schlosses. Ihre Vorgängerpartei die SED war es, die die zu 83 % stehende und somit wiederaufbaufähige Schlossruine abreißen ließ. Dieser ideologisch motivierte und erbittert geführte Widerstand gegen das Stadtschloss zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahre bis zum heutigen Tag.

Den ersten Beschlüssen zum Wiederaufbau der historischen Mitte mit dem Stadtschloss und Abriss der Bauruine des DDR

Theaters, stellten Sie sich permanent entgegen.

Ich erinnere mich an die einzelnen harten Auseinandersetzungen an diesem Ort wo sie sich Ihr Stillhalten teuer bezahlen ließen. Mit der endgültigen Beschlussfassung zum Wiederaufbau sprachen Sie von einem Landtag, dem Begriff Landtagsschloss haben Sie sich später nur zähneknirschend angenähert. Mit Ihrer Fragestellung suggerieren Sie den Bürgern fälschlicherweise, dass nur durch Ihre Handlungsweisen überhaupt ein Stadtschloss errichtet werden konnte. Geschichte

mögen Sie aus Ihrem Blickwinkel interpretieren aber reale Tatsachen, belegt durch SVV Protokolle und Zeitzeugenaussagen sprechen eine andere Sprache.

Die Mehrzahl der Stadtverordneten der letzten zwanzig Jahren ist stolz darauf, dass wir wieder auf ein Stadtschloss schauen können. Ich bin davon überzeugt, dass diese Stadtverordneten richtig gehandelt haben, auch im Sinne einer großen Mehrheit der Potsdamer Bürgerinnen und Bürger. Diese Bürgerinnen und Bürger sprechen heute – und das zu Recht – von Ihrem Stadtschloss.

Positionspapier der CDU Potsdam und CDU/ANW-Fraktion zur Erhöhung der Grundsteuer B



Eine wachsende Stadt braucht solide Finanzen, um in den nächsten Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Bereits 2016/17 rechnet der Stadtkämmerer mit Haushaltsüberschüssen.

Eine solide Finanzlage der Landeshauptstadt Potsdam kann jedoch nicht bedeuten, dass die Potsdamer Bürger durch Steuererhöhungen zusätzlich belastet werden. Schon das „Zukunftsprogramm 2017“ – mit der Erhöhung der Hundesteuer – wurde durch die CDU/ANW-Fraktion sehr kritisch begleitet.

Vor dem Hintergrund einer soliden Finanzierung des Schulentwicklungsplans, müssen andere Wege beschritten werden. Steuererhöhungen sind die „ultima ratio“ und dürfen erst als Finanzierungsquelle herangezogen werden, wenn keine anderen Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die CDU Potsdam sowie die CDU/ANW-Fraktion sind entschieden gegen eine Erhöhung der Grundsteuer B. Die Bürger tragen schon genug Belastungen! Eine Anhebung von derzeit 493 auf 540 Prozentpunkte ist nicht hinnehmbar. Eine Erhöhung der Grundsteuer B bedeutet monatliche Mehrkosten für die Potsdamer Mieter und Grundstückseigentümer. Die Stadt verschärft durch diese Maßnahme die Mietproblematik.

Folgendes ist Fakt:

1. Um eine längerfristige Planungssicherheit zu erreichen, wurde im Mai 2013 durch die Stadtverordneten der Doppelhaushalt 2013/14 beschlossen. Die sonst übliche vorläufige Haushaltsführung konnte dadurch entfallen. Steuererhöhungen standen beim Beschluss des Doppelhaushaltes durch die Stadt-

verordneten nicht zur Debatte. Mit der Erhöhung der Grundsteuer B werden alle Potsdamer Bürger mehr belastet.

2. Die Stadt plant, für den Schulentwicklungsplan 160, 4 Mio Euro bis 2022 einzusetzen. Allerdings wird diese Summe nicht sofort, sondern projektweise benötigt. Unmittelbar ist Geld für zwei Schulen und Turnhallen nötig. Mit einem deutlich geringeren Mitteleinsatz in den einzelnen Haushaltsjahren, erschließt sich eine Erhöhung der Grundsteuer nicht.

3. Der Stadtkämmerer erwartet 2 Mio. Euro Mehreinnahmen durch die Erhöhung des Hebesatzes auf 540 Prozentpunkte. Das entspricht der Summe, die der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten von der Stadt versprochen wurde. Es sind deshalb Zweifel angebracht, ob die Steuererhöhung zu Schulneubauten führt.

Es gibt verschiedene Lösungsmöglichkeiten, um den Potsdamer Bürgern weitere Belastungen zu ersparen und unsere wachsende Stadt weiter zu entwickeln:

Das Potsdamer Modell kann eine Lösung für die Potsdamer Schulproblematik sein. Zum einen eröffnet Potsdam freien Trägern neue Möglichkeiten. Zum anderen schafft die Stadt dadurch Entlastungen für den städtischen Haushalt.

Die Stadt muss alle ihre laufenden Projekte kritisch hinterfragen, überprüfen und eine klare Prioritätensetzung durchführen. Ist alles möglich, gewollt und zwingend notwendig? Bei welchem Vorhaben laufen schon jetzt die Kosten aus dem Ruder? Muss der Kauf von Grundstücken in Babelsberg und Groß Glienicke wirklich sein. Bildung geht vor Prestigeprojekten!

Der Oberbürgermeister muss sich zudem, beim SPD-Ministerpräsidenten und der rot-roten Landesregierung für ein Schulbauförderungsprogramm einsetzen.

Andere Bundesländer praktizieren dies erfolgreich. Warum gibt es solch ein Schul-

bauförderungsprogramm im Land Brandenburg nicht mehr? Mit weit über 50 Prozent unterstützen Nachbarbundesländer durch solche Programme

ihre Kommunen bei der Finanzierung neuer Schulneubauten. Gelten für sächsische oder rheinland-pfälzische Schüler andere Regeln?

Einsparungen können auch durch weitere Privatisierungen im kommunalen Bereich erzielt werden. Es muss die Rentabilität und Effizienz der kommunalen Betriebe überprüft werden. Private Unternehmen können oft effizienter arbeiten und dadurch Entlastungen für den städtischen Haushalt ermöglichen.

Es müssen zielgerichtete Abstimmungen zwischen den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und der Stadt Potsdam erfolgen. Dadurch könnten zusätzliche Entlastungen generiert und ein Lastenausgleich geschaffen werden. Der Oberbürgermeister muss sich beim Land Brandenburg für eine Reduzierung der Beschulungsquote von derzeit 140 Prozent einsetzen. Mögliche Betreibermodelle sollten durch die Stadt Potsdam geprüft werden.

Die CDU Potsdam hat hiermit Vorschläge für die Schulfinanzierung unterbreitet. Steuererhöhungen gehören nicht dazu! Die CDU betont, dass eine jetzige Erhöhung der Grundsteuer B nicht der richtige Weg ist.

gez.

Katherina Reiche MdB
Kreisvorsitzende der CDU Potsdam

Horst Heinzel
Fraktionsvorsitzender
CDU/ANW-Fraktion Potsdam

